Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 48 | Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis: Mk. 1,— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. | Gotha, 2. Dezember 1917 (Telephon: Nr. 174) | Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. | 31. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Reichslohntarif für Zivilschuhwerk. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Die treibenden Kräfte des Krieges. — Aus Ungarn. — Aus unserem Beruf. — Demobilisation. — Die Bekleidungsindustrie-Genossenschaft im dritten Kriegsjahre. — Gewerkschaftliches. — Urteil. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Die Stellung der Gewerkschaften zur weiblichen Erwerbsarbeit. — Die Entlohnung der Handschuhnäherinnen einst und jetzt. — Unser täglich Brot.

Feuilleton: Der Waldsteig.

Reichslohntarif für Zivilschuhwerk.

Am Dienstag, den 20. November fand in Nürnberg eine Konferenz der drei Arbeitnehmerverbände in der Schuhindustrie statt. Der Zentralverband der Schuhmacher war durch 15, der christliche Verband durch 2, der H.-D. Verband durch 1 Vertreter beteiligt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung:

Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse in der Schuhindustrie.

Obwohl anerkannt wurde, daß ein Teil der Arbeitgeber der Teuerung Rechnung tragend bisher schon Lohn- bezw. Teuerungszulagen gewährt habe, so steht diese doch in keinem Verhältnis mehr zu der gegenwärtigen Teuerung, die in letzter Zeit eine weitere Verschärfung erfahren hat. Ein großer Teil der Unternehmer hat aber bisher weder Lohnnoch Teuerungszulagen gewährt.

Da, wie bekannt, für Herstellung von Schuhwaren feste Preise eingeführt werden sollen, die vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie festgesetzt werden, ist es eine dringende Notwendigkeit, daß vorher auch die Löhne eine Regelung erfahren.

Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, dem Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie einen Antrag zu unterbreiten, auch für Zivilschuhwerk einen Reichslohntarif abzuschließen. Eine entsprechende Vorlage wurde ausgearbeitet. Die Akkord- und Zeitlöhne sollen eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung erfahren und ähnlich wie im Militärlohntarif Mindestlöhne festgesetzt werden. Des weiteren wurde beschlossen, auch eine Erhöhung des Kriegszuschlags im Reichslohntarif für Militärschuhwerk zu fordern, um gegenüber der in letzter Zeit eingetretenen weiteren Preissteigerung für Lebensmittel einen Ausgleich herbeizuführen. Ueber die Berechtigung dieser Forderungen kann kein Zweifel bestehen.

Wir hoffen, daß diese Forderungen auch im Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie und in Fabrikantenkreisen gerechte Würdigung erfahren und ein die Arbeiter der Schuhindustrie befriedigender Abschluß herbeigeführt wird.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat September die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 806 (August 838) Arbeitsuchende, 2004 (2544) offene und 505 (545) besetzte Stellen. Alle drei Abteilungen weisen einen Rückgang auf, den stärksten die offenen Stellen, von denen ein gutes Viertel besetzt werden konnte. Auf 100 offene Stellen kamen 42 Arbeitsuchende gegen 32 im August. Von den 16 452 (9342 männl. und 7110 weibl.) Mitgliedern unseres Verbandes, über die berichtet wurde, waren im September 202 arbeitslos, wovon nur 2 auf der Reise und waren ferner 53 männliche und weibliche. Die Arbeitslosigkeit erstreckte sich auf 9229 Tage und es wurden 6303 Mk. Unterstützung ausbezahlt. Gegenüber der Gesamtzahl der 16 452 Mitglieder machen die Arbeitslosen 1,2 Prozent aus gegen 1,3 Prozent im August und 1,7 Prozent im Juli. Von den 1 029 179 Mitgliedern (Gesamtzahl 1 094 035) der 36 berichterstattenden Verbände waren 0,8 Prozent arbeitslos, wie in den beiden Monaten August und Juli.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeitsuchende		Offene Stellen		Besetzte Stellen	
Preußen	386	(413)	1022	(1377)	275	(314)
Bayern	218	(207)	318	(338)	86	(75)
Sachsen	13	(20)	88	(79)	10	(11)
Württemberg	30	(66)	205	(282)	28	(49)
Baden	39	(61)	111	(133)	31	(34)
Hessen	45	(18)	88	(82)	30	(6)
Hamburg	18	(18)	27	(34)	18	(16)
Elsaß-Lothringen	19	(30)	50	(70)	10	(25)

In allen acht Staaten gab es mehr offene Stellen als Arbeitsuchende, in Sachsen über sechsmal soviele, während in Bayern und Hamburg das Verhältnis günstiger war, wo nicht ganz zwei offene Stellen auf einen Arbeitsuchenden kamen.

In den Berichten der Industrie wird über die Lage der Schuhindustrie gesagt: „Für die Schuhindustrie macht sich nach den vorliegenden Berichten eine Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse nicht bemerkbar. Nur ein einziger Berichterstatter meldet einen Rückgang gegenüber dem August. Gegen den September des Vorjahres wird ein Rückgang der Beschäftigung auch nur ganz vereinzelt festgestellt.“ Aus Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck wird berichtet: „Das Bekleidungsgewerbe machte einen erheblich gestiegenen Bedarf an Schuhmachern für die Versorgung der Zivilbevölkerung geltend. Namentlich wurden von den Kleinmeistern Gehilfen für Ausbesserungsarbeiten verlangt.“

In der Pirmasenser Schuhindustrie war nach dem Bericht des Verbandes bayerischer Arbeitsämter Arbeitslosigkeit in größerem Umfange zu verzeichnen.

In England war im August die Schuhindustrie sehr gut beschäftigt und das gleiche wird auch aus der Schweiz berichtet.

Die treibenden Kräfte des Krieges.

II.

Als bemerkenswerte Tatsache nach Kriegsbeginn sei zunächst der vaterländischen Aufwallung der industriellen Kreise gedacht, die eine Verbesserung der Unterstützung der Familienmitglieder ihrer Arbeiter auf sich nahmen. Als bei der unvorhergesehen langen Dauer des Krieges diese Ausgaben kräftig stiegen, kam es zum Teil als Ausfluß politischer Leidenschaft gebucht werden, daß die Auszahlung dieser Unterstützungen weiter erfolgte. Man hat darin den Ausfluß der Meinung zu erblicken, daß eine Entschädigung von der Zukunft sicher zu erwarten sei. Inzwischen war aber auch die Mehrzahl jener Industriellen durch fette Kriegslieferungsgewinne in den Stand gesetzt, ohne Mühe die Aufwendungen leisten zu können.

Die gesamte private Industrie war nach kurzer Zeit entweder direkt oder indirekt auf die Kriegswirtschaft eingestellt. Das private Kapital, das durch die Isolierung der Mittelmächte brach gelegt worden war — Spargelder und Betriebskapital — suchte neue Anlagemöglichkeiten. Der Staat trat an die Stelle der privaten Auftraggeber. In der Kriegsanleihen bot er freien Kapitalien eine günstige Anlagemöglichkeit (5 Prozent) und in der Kriegsindustrie winkte den Betriebskapitalien ein viel größerer Gewinn. Ein Teil der Kriegsgewinne konnte immer als „Kriegsanleihe“ an den Staatssäckel abgeschoben werden, von wo aus er wieder zu Bezahlung von Heereslieferungen diente, um dann von neuem den Kreislauf als „Kriegsanleihe“ zu beginnen.

Fast nur noch im Rahmen der Kriegswirtschaft konnte sich das Kapital betätigen und alle Kräfte wurden auf die Aufgaben des Krieges vereinigt. Die ungeheuren Kriegsgewinne auf Grund unermeßlich gesteigerter Preise für die vorhandenen, mit dem Knapperwerden noch mehr sich verteuernden Rohmaterialien sind bekannt. Ebenso die Gewinne der Industrie, wie auch die Goldgewinne des Nahrungsmittelhandels, trotz der (freilich viel zu spät einsetzenden) Höchstpreise.

So mußte es mit der Zeit im Kreislauf der einander treibenden Milliarden-Kriegsanleihen förmlich zum Umsturz, zur völligen Liquidation des Volksvermögens kommen, was immer wieder mächtige Kapitalansammlungen in den Händen einzelner im Gefolge hatte.

Man entrüstet sich über die Jagd nach Kriegsgewinnen, die vielfach nicht auf sehr sauberen Machinationen beruhten und über den schändlichen Kriegswucher auf dem Lebensmittelmarkt. Verwundert kann man sich fragen, wie es möglich sei, daß Kreise, die soeben noch beim Kriegsbeginn ihre Söhne für die „ideelle“ Sache des Vaterlandes als Heeresfreiwillige hergaben, anstatt nun weiterhin dem Vaterlande in bedrängter Stunde mit aller Kraft zu helfen, die Situation benutzten, den Staat mit Wucherpreisen zu übervorteilen, um sich schnell und mühelos die Taschen zu füllen. Der „gewiegte“ Geschäftsmann, die Natur des kalt berechnenden Kaufmanns, die Jagd nach dem Mammon hatte eben über die Liebe zum Vaterland die Oberhand gewonnen.

Unter den Wucherpreisen des Krieges sahen Arbeiter alle ihre Ersparnisse, kleine Geschäftsleute ihre Existenz schwinden, während sich Vermögen in gewaltigem Ausmaß neu ansammeln. Je mehr kleine Existenzen unterliegen, je mehr mußte in diesen Kreisen die Kriegsbegeisterung nachlassen und mit der Dauer der Zeit in Kriegsmüdigkeit sich umwandeln.

Der kleine Landwirt ließ sich die hohen Preise für seine Produkte gern gefallen. Er stand von Anfang an dem Kriege anders gegenüber, unter anderen Voraussetzungen mußte er den Krieg betrachten als etwa der Arbeiter. Für ihn stand sein eigenstes, persönliches Interesse, die Verteidigung seines Eigentums, seines Grund und Bodens auf dem Spiele. Der Krieg gilt für ihn als Kampf, seine Scholle gegen den feindlichen Ansturm zu verteidigen. Das wurde mit dem Augenblick anders, als die unmittelbaren Gefahren niedergekämpft schienen und die lange Dauer des Krieges als Notstand fühlbar wurde. Der Bauer konnte den Krieg so lange als notwendige Sache ansehen, so lange er sich nicht in seiner Existenz geschmälert sah. Als aber die Verminderung des Bodenertrages eintrat, weil die Bestellung und ordentliche Bewirtschaftung des Grund und Bodens wegen Mangels an Arbeitshänden zurückblieb, als die Viehhaltung infolge Futterschwierigkeiten Mühe machte, Ueberarbeitung der Frauen und anderer Familienmitglieder eintrat und neben der Beschlagnahme des Viehes und der Bodenprodukte die Rationierung der Lebensmittel und -Bedürfnisse einherging, hat sich in diesen Kreisen schnell Kriegsüberdruß und das dringende Verlangen nach Frieden bemerkbar gemacht. Ich kann mich der bewegten Klage eines alten weißhaarigen Bauern erinnern, der alle seine männlichen Familienmitglieder durch den Krieg verloren hatte und noch einmal zum Pfluge greifen sollte. Alle Mühe und Last eines langen arbeitsreichen Lebens schien ihm umsonst geopfert; der Mann erschien durch sein Los völlig niedergedrückt, in der Oede und Vereinsamung sah er sich im Alter nun fast der Verzweiflung preisgegeben.

Anders bei den Profitjägern der Kriegsgewinne und in den hohen Kreisen der Hochfinanz. Unstreitig hat sich der Einfluß dieser mächtigen Kreise für die immer weitere Verlängerung des Krieges immer stärker Geltung verschafft. Kriegsverlängerer, deren moralische Schuld fast noch schwerer wiegt, als die der Urheber des Krieges. Nicht anders bewerten sich Bestrebungen jener hohen, zum Teil aristokratischen Kreise, die je nach dem wechselnden Kriegsglück von ihrer Annexionslüsternheit keinen Hehl gemacht haben und so immer Oel ins Feuer gossen. Soll nicht angenommen werden, daß die annehmbaren Kriegsbezüge und einträglichen Gehälter der Beamtenwelt in zivilen und militärischen Stellungen in diesen Kreisen einer Stimmung für möglichst raschen Kriegsausbruch nicht förderlich gewesen ist?

Der Krieg wurde zur Weltkatastrophe. Der Krieg dreht sich längst nicht mehr um nur militärische Erfolge. Wirt-

schaftlich mußte der Kampf, Volk gegen Volk, im Hungerkriege durchgeführt werden. Die Völker selbst, auch Frau und Kind, mußten in ihrer wirtschaftlichen Widerstandskraft sich miteinander messen. Es ging um die wirtschaftliche Existenz der Staaten. Es ging um gegenseitige Unterminierung des Staatskredits. Der Krieg soll sich verlängern, bis man hüben die Ueberlegenheit der englischen Kreditwirtschaft unterminiert glaubt, bis man drüben sich die Erschöpfung der deutschen Finanzkraft versprach. Völker um Völker wurden ergriffen. Alle Fragen, die nur jemals Streit abgeben konnten, und Ursache, Völker zu entzweien, wurden aufgewühlt und in die Wagschale geworfen.

Daß mit der Tatsache des Kriegsausbruchs die größte Zahl der deutschen Arbeitervertreter als bisherige Kriegsgegner die Kredite für den Krieg bewilligten, hat man eine „weltgeschichtliche Episode" genannt. „Wir lassen trotz Ablehnung jeder Verantwortung für den Kriegsausbruch (bei der vollendeten Tatsache des Kriegs) unser Vaterland nicht im Stich", hatten diese Vertreter erklärt. Mit der Verteidigung des Landes, mit der Abwendung der Gefahr von Haus und Hof durch fremde Eindringlinge, mit dem Hinweis auf die unmittelbaren Schrecknisse des Krieges, wurde ihre Entscheidung begründet. Als mit dem Gedanken einer dauernden Handelsblokade gespielt wurde, ist für die sich immer wiederholende Kreditbewilligung eine neue Formel gefunden worden: „Kampf gegen wirtschaftliche Vergewaltigung, für nationale Selbständigkeit und Unversehrtheit, für gesunde wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit! Kampf mit den Waffen um einen Frieden, „der unsere Zukunft wirklich sichert!" Unter dieser Parole sind Arm in Arm mit Kriegstreibern, Annexionisten und Eroberungspolitikern, mit jenen Schichten, bei denen ganz andere Triebkräfte und Voraussetzungen maßgebend waren, die Kriegskredite immer wieder bewilligt worden.

Mit dem Schlagwort: „Gegen Vergewaltigung der deutschen Industrie, Kampf um die Grundlagen und die freie Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens" wurde die Theorie begründet, daß nur unter diesen Voraussetzungen allein dem deutschen Arbeiter Arbeit und Verdienst gesichert sei. In solcher Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen den „nationalen Industrien" ist aber auch zugleich ein Gegensatz der Arbeiter der verschiedenen Staaten zu einander konstruiert, die dennoch ein Interesse an gegenseitiger Bekämpfung hatten. Ein Standpunkt, für den man den Ausdruck „Sozialimperialismus" gefunden hat.

Kein Zweifel, daß auch weite Kreise der englischen Arbeiterschaft diesem Gedanken der Zusammengehörigkeit und der Zusammenschweißung von Industrie und Arbeiterschaft nach nationalen Gesichtspunkten gehuldigt haben. Zum Abtrag für die Auffassung, daß die Arbeiter der ganzen Welt in ihren Zielen und Interessen im Kampf gegen den Kapitalismus international zusammengehören.

Dem englischen Volke ist infolge des Weltkrieges die ihnen bisher unbekannte, als lästig empfundene, ja sogar verhaßte allgemeine Wehrpflicht aufgedrungen worden. Man darf jenen englischen Arbeitern einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die da auf die Phrase von der Unschädlichmachung des „preußischen Militarismus" hereingefallen und worunter sie die Befreiung von dem Joch des eigenen neugeschaffenen Militarismus winken sahen. Jedenfalls wurde mit jener Phrase der Zweck verfolgt, die Arbeiter zur Unterstützung des Krieges zu gewinnen.

Auf dem falschen Wege befanden sich die Arbeiter jedenfalls auch drüben, wenn sie ihren Regierungen andere als imperialistische Ziele als die wahren Ursachen des Krieges unterstellten und sich die Auffassung des nationalistischen Sozialimperialismus zu eigen gemacht haben.

Aus Ungarn.

Unser Bruderorgan „A Cipesz" berichtet:

Aus der „Turul"-Schuhfabrik haben wir Erfreuliches zu berichten. Im Laufe der vorvorigen Woche wurde, wie wir in unserem Blatte kurz berichteten, nach vorheriger Ueberreichung eines Memorandums zwischen der Direktion der Turulfabrik und der Leitung des Fachvereines der ungarländischen Schuhmacher und Csizmenarbeiter und Arbeiterinnen ein Uebereinkommen abgeschlossen, das die Arbeiter als einen bedeutenden Erfolg ihrer gewerkschaftlichen Organisation werten können.

Die Direktion gewährt auf die gegenwärtig in Gültigkeit befindlichen sämtlichen Akkordlöhne für Militärarbeit eine Erhöhung von 25 Prozent plus 55 Prozent Teuerungszuschlag, für sämtliche gegenwärtig in Gültigkeit befindlichen Akkordlöhne für Zivilarbeit eine Erhöhung von 40 Proz. plus 55 Proz. Teuerungszuschlag, und zwar beginnend ab 23. August 1917. Für die Lohnlisten 1., 8., 15. und 22. September wird dann diese Nachzahlung mit durchschnittlich 33⅓ Prozent Aufschlag im Nachhinein geleistet, sowie die Berechnungen fertig werden. — Die Direktion gibt die Zusage, daß sie bei Arbeitsarten, bei welchen der bisherige Akkordlohn niedriger als der Durchschnittsakkordlohn ist, eine höhere Akkordpreisverbesserung als 25 Prozent, respektive 40 Prozent einräumen wird. Sämtliche im Wochenlohn angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten auf die gegenwärtig in Gültigkeit befindlichen Wochenlöhne eine Grundlohnerhöhung von 33⅓ Prozent und dazu noch 55 Prozent Teuerungszuschlag. Auf den Gesamtlohn der sowohl im Akkord als auch im Wochenlohn arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt der auch bisher in Gültigkeit befindliche 55prozentige Teuerungszuschlag unverändert aufrecht.

Die Akkordpreisverrechnungen haben bis zur Fertigstellung der neuen Akkordpreisvorschriften in der Weise zu erfolgen, daß zur Summe des bisherigen Akkordpreises bei Militärarbeit 25 Proz., bei Zivilarbeit 40 Proz. Akkordpreiserhöhung, sowie der in Gültigkeit befindliche 55proz. Teuerungszuschlag dazu zu rechnen ist.

In der Fabrik Robur kam es zu einer neuen Vereinbarung. Anstatt der bisher 15 Prozent wurden nun 30 Prozent Teuerungsbeitrag bewilligt. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9½ Stunden täglich reduziert. Die Forderungen der Arbeiter wurden aber weder hinsichtlich des Lohnes noch hinsichtlich der Arbeitszeit vollständig bewilligt. Die gewährten Löhne stehen nicht im Verhältnisse zur herrschenden Teuerung. Man konnte sich nur so zufrieden geben, da man hofft, daß die Fabrik hinsichtlich der Lebensmittelversorgung Erleichterungen schaffen wird. Die Fabrik hat Gelegenheit hierzu. Wenn sie den Willen hierzu hat, dann kann sie vieles für die Arbeiter tun.

In der Fabrik Embe in Ersekujvar sind die Verhältnisse die schlechtesten. Es wird hier nur mit reklamierten und kommandierten Arbeitern gearbeitet, die von der Fabrik unausgesetzt eingeschüchtert werden können. Die Verhältnisse sind aber deshalb schon derart ruiniert, daß die Arbeiter nun wahrlich nicht mehr weiter können. Die Arbeit wird im Akkord geleistet, aber den Arbeitern werden die Akkordpreise verschwiegen. Verdient der Arbeiter einmal mehr, als man oben annimmt, dann werden Abzüge gemacht. Die Verrechnungen werden ad libitum gemacht. Reklamationen können nirgends eingegeben werden. Es herrscht hier keine Ordnung bei der Produktion, unausgesetzt gibt es Betriebsstörungen und Arbeitsverhinderungen. Wartezeiten werden nicht vergütet. Kurz und gut, es herrscht eine Schlamperei in dieser Fabrik, die weder im Interesse des Unternehmens, noch im Interesse der Arbeiter liegt. Wird dort einmal Ordnung gemacht werden und glaubt die Fabriksleitung die Arbeiter können von der guten Luft in Ersekujvár leben?

Aus unserem Beruf.

Errichtung einer städtischen Schuhkammer in Jena. Der Gemeinderat zu Jena beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Vorlage, die Bewilligung von 30 000 Mk. für einen Betriebsfonds zur Errichtung einer städtischen Schuhkammer betreffend. In der Begründung wurde besonders auf die in Erfurt und Weißenfels bestehenden Einrichtungen hingewiesen, wo Ersatzstoffe zur Verarbeitung gelangen und die Minderbemittelten Zuschüsse auf Konto Kriegsleistung erhalten. Auch in Jena will man ähnlich vorgehen, die „Schuhkammer" aber auch der Allgemeinheit zugänglich machen, da die Wohlhabenden mit denselben Schwierigkeiten zu rechnen haben, wie die Minderbemittelten; nur würden sie den vollen Herstellungspreis selbst bezahlen müssen. Der Gemeinderat erkannte die Notwendigkeit der Vorlage an und bewilligte die verlangte Summe.

Zu hohe Forderungen für Treibriemenleder. Der Lederhändler Gustav Ackermann in Leipzig erließ in verschiedenen Fachzeitungen Anzeigen, in denen er aufgearbeitete Ledertreibriemen anbot. Die Preise, die er für die Ledertreibriemen forderte, waren derartig hohe, daß Ackemann immer Gewinne von 15 bis 40 Prozent erzielte. In der Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht machte der Angeklagte geltend, er habe durch die Aufarbeitung der Treibriemen, sowie durch Inserate nur größere Unkosten gehabt, sodaß er die Treibriemen nicht billiger habe verkaufen können. Das Gericht gelangte jedoch nach dem Gutachten des Sachverständigen zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte sich eines Verstoßes gegen die Verordnung, übermäßige Preissteigerung betreffend, schuldig gemacht hatte und erkannte gegen ihn auf sechshundert Mark Geldstrafe, ersatzweise auf 60 Tage Gefängnis.

80 Pfennige Ausgabe — 3013,40 Mark Einnahme. Der Schuhmacher Hamm hatte als Geselle bis zum 31. Dezember 1913 regelmäßig Lohnarbeiten ausgeführt und Invalidenmarken in 19 Quittungskarten verwendet. Am 1. Januar 1914 machte er sich selbständig und klebte keine Invalidenmarken mehr, weil er dies, da er ja eine gesicherte Lebensstellung hatte, für zwecklos hielt.

Infolge des Krieges wurde er als Landsturmmann am 1. Oktober 1916 zum Kriegsdienst eingezogen und am 5. Juli 1917 durch Granatschuß getötet.

Die Witwe beantragte auf Grund des § 1252 der Reichsversicherungsordnung beim zuständigen Versicherungsamt des letzten Wohnorts des Verstorbenen die Gewährung

a) des Witwengeldes, weil sie selbst die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hatte,
b) die Waisenrente für ihre 6 Kinder von 1, 2, 4, 6, 7 und 9 Jahren, die bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres monatlich gezahlt wird und
c) der Liebesspende, die einige Landesversicherungsanstalten an Witwen und Waisen gefallener oder an den Folgen des Krieges verstorbener Kriegsteilnehmer freiwillig zahlen, für sich und die Kinder.

Die Prüfung der Invalidenmarken-Verwendung auf Grund der §§ 1278 und 1280 der Reichsversicherungsordnung, ob Hamm die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft auf Invalidenrente aufrecht erhalten habe, ergab, daß in der letzten am 22. September 1918 ausgestellten Quittungskarte Nr. 20 statt 20 nur 15 Invalidenmarken für die Zeit vom 22. September 1913 bis 22. September 1915 verwendet waren und somit jeder Anspruch aus der Invalidenmarken-Verwendung aus den Karten 1—19 erloschen war.

Dies hätte Hamm leicht verhüten können, wenn er nur 5 Beitragsmarken der niedrigsten Lohnklasse zu je 16 Pfg. im Gesamtwerte von nur 80 Pfg. freiwillig in der Quittungskarte Nr. 20 verwendet hätte.

Die Witwe Hamm mußte daher mit ihren nicht begründeten Ansprüchen abgewiesen werden.

Wenn Hamm die Anwartschaft nicht hätte verfallen lassen, hätte die Witwe für sich und die Kinder etwa erhalten können:

a) Witwengeld einmalig . . . . 83,40 Mk.
b) Waisenrente für jedes Kind 42 Mk. jährlich, das ergibt
für das 1 jähr. Kind 14×42 Mk. = 588 Mk.
„ „ 2 „ „ 13×42 „ = 546 „
„ „ 4 „ „ 11×42 „ = 461 „
„ „ 6 „ „ 9×42 „ = 378 „
„ „ 7 „ „ 8×42 „ = 336 „
„ „ 9 „ „ 6×42 „ = 251 „ = 2562,— Mk.
c) Waisenaussteuer bei Vollendung des 15. Lebensjahres der Kinder, wenn die Mutter die Anwartschaft auf eigene Invalidenrente zu dieser Zeit aufrecht erhalten hat, für jedes Kind 28 Mk. × 6 = 168,— Mk.
d) Liebesspende für sich . . . . 50 Mk.
„ für jedes Kind 25 Mk × 6 = 150 „ = 200,— Mk.
Zusammen 3013,40 Mk.

Der geringen Ausgabe von nur 80 Pfg. hätte eine Einnahme von 3013,40 Mk. gegenüber gestanden.

Dieser Betrag wäre für die Witwe von großer wirtschaftlicher Bedeutung gewesen.

Es muß daher immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es dringendste Pflicht des Versicherten ist, wenn er sich selbständig macht oder aus einem anderen Grund aus der Versicherungspflicht ausscheidet, alle 2 Jahre, vom Ausstellungstag der letzten Quittungskarte an gerechnet, mindestens 20 Invalidenmarken einer beliebigen Lohnklasse freiwillig zu verwenden, um die Anwartschaft auf Invalidenrente und Hinterbliebenenfürsorge nicht nach §§ 1252 und 1280 der Reichsversicherungsordnung erlöschen zu lassen.

Daß diese Gesetzesvorschrift vielfach nicht beachtet worden ist, hat besonders jetzt manche Kriegerwitwe in ihren Hoffnungen sehr enttäuscht.

Auch den Ehefrauen muß daher zu Lebzeiten des Ehemannes empfohlen werden, mit darauf zu achten und dafür zu sorgen, daß die Anwartschaft zu ihren und ihrer Kinder Nutzen nicht erlischt.

Wiechmann,
Oberstadtassistent beim Versicherungsamt der Stadt Kiel.

Demobilisation.

Im allgemeinen ist die Frage der Uebergangswirtschaft für die Gewerkschaften von erheblicher Bedeutung. Nicht an der letzten Stelle steht dabei die Frage der Entlassung der Mannschaften nach Beendigung des Krieges. Von einer Seite wird gefordert, die Mannschaften sollen nicht sofort allgemein nach Hause geschickt werden, sondern entsprechend der Wirtschaftslage, nach den Anforderungen der Industrie und des Arbeitsmarktes. Hinter diese Forderung scheinen sich ziemlich allgemein die gewerblichen Unternehmer zu stellen. Man darf auch annehmen, daß die maßgebenden behördlichen Organe zustimmender Ansicht sind. Die Forderung wird begründet mit dem Hinweis darauf, daß plötzliche umfassende Entlassungen von Mannschaften ein Ueberfluten des Arbeitsmarktes mit Beschäftigung suchenden Händen hervorrufen würde; was aber nicht ausschlösse, daß dort, wo es an Arbeitskräften mangele, der Bedarf nicht gedeckt werde, weil voraussichtlich die Entlassenen zunächst ihrer alten Heimat zuströmen würden, mit dem Wunsche, in dem früher ausgeübten Berufe, möglichst gar auf der alten Arbeitsstelle wieder lohnenden Erwerb zu finden. Es müsse jedoch damit gerechnet werden, daß infolge des Krieges und der weitgreifenden Umstellung unseres ganzen Wirtschaftslebens, sowohl in dem örtlichen, wie auch in dem beruflichen Bedarf an Arbeitskräften eine starke Verschiebung eintrete. Daher sei es zweckdienlicher, die Feldgrauen nach und nach zu entlassen und zwar immer dorthin, wo die Industrie der Arbeitskräfte bedürfe.

Diese Begründung kann schon etwas stutzig machen. Geht doch daraus hervor, daß man die Arbeitskraft gewissermaßen wie eine leblose Ware behandeln möchte, die ganz nach den Bedürfnissen des Kapitals hin- und hergeschoben werden kann, ohne Rücksicht auf Neigung und Wünsche der Arbeiter. So haben sich jedoch die Feldgrauen den Kampf für die Sicherung ihrer Existenz nicht vorgestellt, daß sie nachher, ohne Rücksicht auf Familien, Gewohnheiten und sonstige Umstände, irgendwo in das kapitalistische Joch gespannt werden sollen.

Nun wird aber noch weiter gesagt, die stoßweise Entlassung der Mannschaften sei darum von Vorteil, weil sie ein Ueberangebot von Arbeitskräften und damit auch scharfen Druck auf die Löhne verhindere. Das klingt sehr klug und weise. Bei eingehenderer Betrachtung der Dinge hält auch diese Begründung nicht dicht.

Zunächst ist ein moralischer, rechtlicher Einwand zu erheben. Es wäre ein Unrecht gegen die Volksgenossen, wenn sie länger von der Familie, von der Heimat, von ihrer Berufarbeit ferngehalten würden, als in den militärischen Notwendigkeiten begründet liegt; die Zurückbehaltenen würden gewissermaßen bestraft, ohne irgend etwas verschuldet zu haben. Es fehlt weiter auch die rechtliche Grundlage zu dem Erfordern militärischer Diensten, wenn der Kriegszustand beendet ist.

Doch beschäftigen wir uns mit der wirtschaftlichen und sozialen Seite der Sache. Sollen die nicht entlassenen Feldgrauen rein militärischen, das heißt unproduktiven Dienst

Dann muß man sie ohne entsprechende Gegenleistung Reichswegen unterhalten. Dann kann man sie auch, stärkere Belastung für die Allgemeinheit, sofort ent-en und ihnen aus Reichsmitteln eine auskömmliche Un-ützung zahlen so lange, bis sie geeignete Beschäftigung nden haben, ihnen solche nachgewiesen worden ist. Daß Feldgrauen auf eine derartige Unterstützung vollauf An-ch erheben dürfen, das kann wohl nicht bestritten wer-. Hat der Krieg Milliarden verschlungen, dann müssen auch noch die Millionen aufgebracht werden, die not-dig sind, um die Krieger so lange über Wasser zu hal-bis sie einen passenden Erwerb gefunden haben.

Vielleicht denkt man daran, die Zurückbehaltenen ir-wie zu beschäftigen, sei es zu landwirtschaftlichen Dien-, Meliorationsarbeiten, Anlage von Straßen, Kanälen, Militärwerkstätten usw. Dann hätte das Zurückbehalten recht keinen Zweck, denn wenn die Nichtentlassenen vor-dene oder zu beschaffende Arbeitsgelegenheiten ausfül-dann entlasten sie eben den Arbeitsmarkt nicht, die mme der Arbeit, die sie verrichten, geht den Freigelasse-doch verloren. Das nicht allein. Als Soldat werden Arbeiter natürlich viel geringer entlohnt denn als freie eiter. Praktisch käme solche Ordnung der Dinge da-hinaus, eine Summe von Arbeitsgelegenheit vom rte fernzuhalten und sie zum Nachteil der Gesamtarbei-haft billiger erledigen zu lassen. Stellt man die Ange-heit unter diesen Gesichtswinkel, dann ergibt sich ganz, daß das Zurückbehalten der Feldgrauen unter keinen tänden für die freien Arbeiter einen Vorteil bietet, wahrscheinlich dabei für die Gesamtheit ein erhebliche teil herausspränge.

Vorteilhaft wäre sie lediglich für das Unternehmertum. mmen die Leute stoßweise aus dem Felde, dann haben sie genheit, in aller Muße eine Auslese zu halten. Jedes-wenn ein neuer Stoß frei wird, sieben sie die ihnen passende Kräfte ab; die Willenlosen und Bescheiden-behält man, die anderen können gehen. Daß dabei die organisierten nicht besonders liebevoll behandelt wer-, das läßt die Art, wie jetzt in der Unternehmerpresse n die Gewerkschaften gehetzt wird, schon deutlich genug nnen. Ihnen den Kampf gegen die Gewerkschaften auf geschildeste Weise zu erleichtern, dazu haben wir wahr-keine Veranlassung.

Werden die Feldgrauen mit Kriegsbeendigung alle ent-, dann hat jeder Gelegenheit, sich wenigstens in den zusagenden Berufen und den seinen Wünschen am mei-geeigneten Orten um Beschäftigung zu bemühen. Und eine entsprechende Unterstützung vor dem Zwange, jeder Willkür der Unternehmer beugen zu müssen, da das eine bessere Maßnahme gegen Lohndruck, als die weise Entlassung der Leute nach den Anforderungen Unternehmer.

Aus den angeführten Gründen muß die allgemeine, eitige Entlassung der nicht mehr dienstpflichtigen als das im Interesse der Einzelnen wie auch der Ge-heit Liegende bezeichnet werden. Unerläßlich ist dabei lich die ausreichende Unterstützung der nicht sofort nde Arbeitsgelegenheit Findenden. Da diese Unter-ng auch nicht mehr kostet, als der den Soldaten zu ge-ende Aufenthalt und die Unterstützung ihrer Fami-, so lassen sich gegen eine solche Forderung keinerlei chlagende Gründe anführen.

Dam Kapital war der Krieg im allgemeinen ein Huhn, ihm goldene Eier legte; es wird nun Zeit, daß Maß-men getroffen werden, die es verhindern, den Arbeiter ändig der Militärherrschaft des Unternehmertums an-fallen zu lassen.

Die Bekleidungsindustrie-Ge-[n]ossenschaft im dritten Kriegs-jahre.

Dieser Genossenschaft gehören 57 Gewerbszweige an, die Schuhfabrikation mit 1478, die Schuhbesohlanstalten 1021 Betrieben, 44 Schuhmachereien (Maßwerkstätten), Schäftefabriken, 5 Schäftesteppereien, 11 Stoffgamaschen-iken, 29 Einlegesohlenfabriken, 33 Holzschuhfabriken und Lederabsatzfabriken. — Die Zahl der Betriebe der Ge-nschaft beläuft sich auf 12 430 und verteilt sich wie folgt: : 358 852, 1914: 332 185,1915: 291 727, 1916: 269 425 herte Personen. Der Rückgang bezifferte sich auf 27 Personen und 85 781 800 Mk., also um mehr als ein rl gegen die letzten Friedensjahre. Die anrechnungs-en Löhne sanken von 330¹/₂ Millionen Mark in 1913 244¹/₂ Millionen Mark in 1916. Der Durchschnittslohn die Arbeitskraft betrug 1913 rund 92 Mark, 1916: Mark, was sich durch die große Vermehrung von weib-und jugendlichen Kräften erklärt. — Die Betriebs-lle sind minimale, 1912 waren 1655 Unfälle, 1916 nur zu verzeichnen, dieselben verteilen sich auf die Neben-wie folgt: Einlegesohlenfabriken 21, Gamaschenfab-4, Holzschuhfabriken 38, Lederabsatzfabriken 10, Ge-tefabriken 21. Die meisten dieser Unfälle sind leichter und nur 249 entschädigungspflichtig. Das Verhältnis Verletzten in der Schuhfabrikation ist: 38 Prozent für rsonen unter 14 Jahren, 16,82 Prozent für 266 Personen 14—17 Jahren, 16,76 Prozent für 265 Personen von 21 Jahren, 5,82 Prozent für 92 Personen von 21—25 en, 21,44 Prozent für 339 Personen über 25 Jahren. meisten Unfälle erbrachten die Stanzmaschinen. Für nächste Rechnungsjahr werden durch die Zusammen-g der Betriebe in der Schuhfabrikation 1200 Schuh-lm für die Genossenschaft ausscheiden. — Der Verwal-tungsbericht der Berufsgenossenschaft widmete dem verdienst-vollen, Ende Januar 1917 verstorbenen ersten Vorsitzenden Adolf Benzky (1885—1918 tätig) einen warmen Nachruf.

Gewerkschaftliches.

Neue Teuerungszulagen im Buchbindergewerbe.

Im vorigen Monat fanden in Leipzig Verhandlungen zwischen dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer und dem Buchbinderverband über die Erhöhung der tariflichen Löhne statt, die zu einer Verständigung geführt haben. Zwar ist dem Antrag des Buchbinderverbandes nicht ent-sprochen worden, weil die Unternehmer sich auf den bis drei Monat nach Friedensschluß laufenden Tarifvertrag stützten. Sie warfen dem Buchbinderverband fast Tarifbruch vor, durch den das Vertrauen auf Treu und Glauben im Unter-nehmerverband erschüttert und deshalb dort auch die Frage aufgeworfen worden sei, ob tarifliche Abmachungen unter solchen Umständen noch Wert besäßen und ob man nicht noch mehr als bisher weibliche Arbeitskräfte heranziehen solle. Die Arbeitervertreter traten solchen Vorwürfen kräf-tig entgegen, indem sie auf die hohe Wahrscheinlichkeit des Andauerns der Teurung auch nach Kriegsende hinwiesen und dementsprechend auch eine Erhöhung der Tariflöhne angebracht sei. Schließlich fragten die Unternehmer, ob die Arbeitervertreter zur Verhandlung auf Grund von Vor-schlägen zur Erhöhung der Teuerungszulage bereit seien, was bejaht wurde. Die Unternehmer schlugen nun eine Erhöhung der bisherigen Zulage um 100 Prozent vor, womit die Arbeitervertreter sich nicht befriedigt erklären konnten, zumal im verwandten Buchdruckgewerbe im Ok-tober weit höhere Zulagen bewilligt worden waren. — Nach langwierigen Verhandlungen, die durch Sondersitzun-gen beider Parteien mehrmals unterbrochen wurden, kam es zu einer Vereinbarung, die für das Gebiet des Dreistädte-tarifs — Berlin, Leipzig, Stuttgart — in der Hauptsache folgendes besagt:

Alle bisher bestehenden Teuerungszulagen bleiben un-verändert in Kraft. Sie werden je Woche um folgende Be-träge erhöht: Für verheiratete Gehilfen mit einem Lohn bis 34 Mk. um 8 Mk., mit höherm Lohn um 9 Mk.; für ledige Gehilfen im ersten Jahr nach der Lehre um 6 Mk., für alle andern ledigen Gehilfen um 7,50 Mk.; für Arbeite-rinnen mit einem Lohn bis 12 Mk. (jugendliche Arbeite-rinnen in der Mehrzahl) um 2,50 Mk., für alle andern Ar-beiterinnen in Leipzig und Stuttgart um 4,50 Mk., für Berlin um 5 Mk. Es wird als Grundsatz anerkannt, daß durch Verdienst in Ueberstunden kein Arbeiter und keine Arbeiterin in eine niedrigere Klasse der Teuerungszulagen kommen soll. — Auf die tariflichen Ueberstundenzuschläge werden folgende Kriegszuschläge gezahlt: für männliche Ar-beiter für die erste Ueberstunde 6 Pfg. in Leipzig und Stuttgart und 8 Pfg. in Berlin, für die zweite Ueberstunde 8 und die dritte 10 Pfg. für alle drei Städte; für Ueberzeit-arbeit an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen und an diesen selbst 15 Pfg. und für Nachtarbeit 20 Pfg. je Stunde. Für Arbeiterinnen für die erste und zweite Ueberstunde 4 Pfg. in Leipzig und Stuttgart und 5 Pfg. in Berlin, für die dritte Ueberstunde 6 bezw. 10 Pfg.; an Vorabenden der Sonn- und Feiertage und an diesen selbst 10 Pfg. in Leipzig und Stuttgart und 15 Pfg. in Berlin; für bisher nicht vorgesehene Nachtarbeit soll es insgesamt 30 Pfg. je Stunde geben, wobei den Berliner Vertretern anheimgestellt wurde, durch örtliche Verhandlungen höhere Zuschläge fest-zusetzen.

Die Auszahlung der Teuerungszulagen soll erstmalig für die voraufgegangene Verrechnungswoche am 21. bezw. 22. Dezember geschehen. Ferner wurde erklärt, daß in Zweifelsfällen durchgehende Arbeitszeit dann als vorliegend angesehen werden soll, wenn die Mittagspause weniger als als eine Stunde beträgt, daß bei der nächsten Tarifrevision die jeweilig vorhandene wirtschaftliche Lage bei Bemessung der zu vereinbarenden Lohnsätze in Betracht gezogen wer-den soll und daß auch den Lehrlingen angemessene Teue-rungszulagen und nach dem Krieg erhöhtes Kostgeld ge-währt werden soll, was zur Förderung des gewerblichen Nachwuchses notwendig sei.

Da der Dreistädtetarif weit über seine Grenzen hinaus wirkt, so liegt es an der Arbeiterschaft im übrigen Deutsch-land, sich dies zunutze zu machen.

Eine eindrucksvolle Kundgebung der Berliner Eisenbahner.

Noch niemals seit Bestehen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes strömten so viele Eisenbahner einer öffentlichen Versammlung zu, wie am 11. Oktober nach dem Berliner Musiker-Vereinshaus in der Kaiser-Wilhelmstraße. Galt es doch, Stellung zu nehmen zu der immer brennender werdenden Lohnfrage. Verbandssekretär Kotzur berichtete über den Stand der Lohnbewegung. Er führte aus, daß Herr Ministerialdirektor Hoff in einer Aussprache mit Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes betont habe, die Löhne sollen erneut um 10 Prozent gesteigert werden, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. August. Die an der Aussprache beteiligten Verbandsvertreter, Ver-bandssekretär Kotzur und Bezirksleiter Kaulfuß hätten so-fort Veranlassung genommen, zu erklären, daß diese Lohn-erhöhung viel zu gering sei, um die Eisenbahner zu be-ruhigen. Außerdem hätten sie sich gegen die prozentuale Lohnerhöhung gewendet. Herr Ministerialdirektor Hoff habe die erhobenen Einwendungen als berechtigt anerkannt und künftige Berücksichtigung versprochen. Wenn nun auch die Lohnerhöhung den berechtigten Wünschen der Eisenbahner nicht entspricht, so kann doch festgestellt werden daß die in der Eingabe des Verbandsvorstandes an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gemachten Vor-schläge Berücksichtigung gefunden haben, soweit es sich um die Erhöhung des Grundlohnes und um die Auszahlung der Lohnerhöhung mit rückwirkender Kraft handelt. Es wird nun die Aufgabe des Verbandsvorstandes sein, auch fernerhin in zielbewußter Weise für die Erhöhung des Lohnes einzutreten, bis das gesteckte Ziel erreicht ist.

Soweit es sich um die Erhöhung der Grundlöhne und um die Auszahlung mit rückwirkender Kraft handelt, er-klärte die Versammlung ihr Einverständnis mit den ge-troffenen Maßnahmen. Bezüglich der Höhe der Zulage bedauerte die Versammlung in einer einstimmig ange-nommenen Entschließung, daß es sich wieder nur um eine geringfügige Aufbesserung der Löhne handelt, die einen Ausgleich für die gesteigerten Ausgaben nicht bildet. Ebenso bedauerlich bleibt die prozentuale Lohnerhöhung. Die Ver-sammlung beauftragte erneut den Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, im Sinne der Entschließung zu handeln, die am 26. September 1917 im Lehrervereinshaus einstimmig angenommen wurde und die eine Lohnerhöhung um 25 Pfg. für die Stunde für alle Bedienstete verlangt.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Arbeiter der Kaiserl. Werft in Kiel.

Auf die von den Arbeitern der Kaiserlichen Werft in Kiel eingereichten Lohnforderungen ist jetzt die Antwort in Form eines Anschlages auf der Werft erfolgt. Sind auch nicht alle Forderungen erfüllt, so bedeutet doch die in dem Anschlag bekanntgegebene Zubilligung eine nicht unerheb-liche Verbesserung der Lohnverhältnisse, die die Organi-sationen, denen die Werftarbeiter angehören, als Erfolg für sich buchen können. Die Stundenlöhne des zurzeit gültigen Lohntarifs werden vom 1. November ab um 5 Pfg., für minderjährige Arbeiter und Arbeiterinnen um 3 Pfg. erhöht. Die Monatslöhner erhalten von demselben Zeit-punkt an eine Lohnerhöhung von 10 Mk. monatlich. Die Zulagen für Ueberstunden werden wie folgt geregelt: 25 Prozent des Grundlohns für die ersten 2 Ueberstunden, 50 Prozent für die weiteren, 25 Prozent für Nachtschicht-stunden, 25 Prozent für 9 Sonn- und Festtagsstunden, 50 Prozent für die zehnte und weiteren Sonn- und Fest-tagsstunden.

Eine postalische Neuerung.

Bei den Ber....er Postanstalten ist eine neue Bestim-mung in Kraft getreten, die das Schalterpersonal in der Arbeit entlasten soll. Wer einen „Einschreibebrief" aufgab, erhielt bisher eine von dem Annahmebeamten ausgestellte Empfangsbestätigung. Von jetzt ab müssen die Auflieferer von „ingeschriebenen" Sendungen diese Empfangsbeschei-nigungen, die in Blocks an den Schreibpulten aushängen, selbst ausfüllen und bei Abgabe des einzuschreibenden Brie-fes gleichzeitig mit abgeben. Der Beamte am Annahme-schalter kontrolliert nur die Richtigkeit der Aufschriften und gibt, nachdem er den Poststempel auf den Einlieferungs-schein gedrückt hat, diesen an den Absender zurück. — Diese praktische Neuerung dürfte auch in anderen Städten begrüßt werden, da sie geeignet ist, am Postschalter so manchen Zeit-verlust aufzuheben.

Abschrift.

Schlichtungs-Kommission.	Cöln, den 8. Nov. 1917.
Anwesend:	In Sachen
Als Vorsitzender: Jr. Dr. Sauer	der Lohnstreitigkeiten zwischen der Schuhfabrik Nordstern G. m. b. H. vorm. Lindemann & Kolzhorn in Hildesheim und ihren Arbeitern
als Mitglied der Arbeitgeber: 1. Ernst Pohlig 2. Hans Hollmann	erschienen:
als Mitglied d. Arbeitnehmer: 1. Andreas Wirtz 2. Wilhelm Janssen	1. für die Arbeiter: der Bezirksleiter Fr. Weber-Cöln Gereonswall 4 und der Reichstagsabgeordnete Simon
als Protokollführer: Gewerbegerichtsassistent Zimmermann.	2. für die Firma Nordstern: Niemand.

Nach stattgefundener Beratung wurde folgender

Schiedsspruch

verkündet:

Die Arbeiter der Firma Schuhfabrik Nordstern G. m. b. H. vorm. Lindemann und Kolzhorn, Hildesheim, haben auf Grund des Tarifvertrages den Anspruch darauf, ihren alten Stücklohn, umgerechnet in Stundenlohn zu erhalten.

Gründe:

Die Schlichtungskommission ist übereinstimmend der Ansicht, daß die Schuhfabrik Nordstern nach dem Reichs-tarifvertrag für Militärschuhwerk vom 20. Juni 1917, ins-besondere nach §§ 4 c, 7 a und Anhang 5, verpflichtet ist, ihren Arbeitern ihren alten Stücklohn, den sie bis Ende Juni 1917 bezogen haben, umgerechnet in Stundenlohn zu zahlen. Es war dies wie auch von dem Arbeitgebermitglied der Schlichtungskommission, das bei den Verhandlungen zu-gegen war, der Wille der Parteien bei Abschluß des Tarif-vertrages.

gez. Dr. Sauer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 26. Nov. bis 2. Dez. der 48. Wochenbeitrag fällig ist.

Den Zahlstellen Nürnberg und Weißenfels wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, für Nürnberg vom 15. November und für Weißenfels vom 1. November ab den bisherigen Lokalbeitrag um 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Die Mitglieder beider Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrasteuer die Folgen des § 8 al. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 24. November 1917.

Der Vorstand.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:

F. Leidolf, B.-Nr. 72158, eingetreten am 28. November 1902 in Bremen.

Rud. Zickler, B.-Nr. 72167, eingetreten am 19. März 1906 in Eisenach.

Emanuel Faza, B.-Nr. 6429, eingetreten am 28. April 1906 in Meißen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands

(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

In der Sitzung des Vorstandes am 20. November 1917 sind folgende Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 4 al. a der Satzung aus der Kasse ausgeschlossen worden:

Wilh. Lorenz 18836, Aug. Isaak 2785, Max Silbermann 8636, Hans Czimowski 13871, A. Liedtke 15481, Ernst Feldner 17037.

Hamburg, den 24. November 1917.

Julius Saffke.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 3. bis 24. November:

Bonndorf 70.—, Mössingen 40.—, Segeberg … Gießen 100.—, St. Pauli 200.—, Flensburg 150.—, … 200.—, Pirna 100.—.

Summa: 874,5…

Zuschuß erhielten:

Backnang 300.—, Iserlohn 75.—, Bedelfingen 150…, Schmalkalden 100.—, Speyer 300.—, Weisenau 400…, Niederrad 100.—, Kandel 200.—, Baden 100.—, Pl… 100.—, Rehau 30.—, Preßeck 100.—, Stettin 100.—,

Summa: 3055,—

Hamburg, den 28. November 1917.

H. Ebel Hauptkassierer.

Redaktionsschluß: Dienstag früh 10 … Berichte müssen spätes… Montag früh, kurze Notizen und Depeschen bis … tag früh in unseren Händen sein.

Die Redaktion

Abschluß und Bilanz für das 3. Quartal 1917.

Abschluß pro 3. Quartal 1917.

An Gesamt-Einnahmen	Mk.	54829,75
" Gesamt-Ausgaben	"	49155,22
Mehreinnahmen	Mk.	5174,53

Bestand der Hauptkasse im 2. Quartals 1917	Mk.	90810…
Hierzu die Mehreinnahmen vom 2. Quartal 1917	"	517…
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des 3. Quartals 1917:	Mk.	90827…

Bilanz pro 3. Quartal 1917.

Einnahmen.

An Bestand der Hauptkasse pro 2. Quartal 1917			Mk. 908101,97
" Aufnahmegebühren:			
Bei der Hauptkasse	Mk.	—,—	
" " " 2. u. 3. Klasse	"	—,—	
Bei den Zahlstellen 1. Klasse	"	266,70	
" " " 2. u. 3. "	"	389,—	" 655,70
" Beiträgen:			
Bei der Hauptkasse 1. Klasse	Mk.	3,15	
" " " 2. "	"	134,50	
" " " 3. "	"	242,20	
Bei den Zahlstellen 1. Klasse	Mk.	22916,95	
" " " 2. "	"	22599,—	
" " " 3. "	"	42528,20	" 88424,—
" Bezirksbeiträgen			" 850,05
" sonstigen Einnahmen:			
Bei der Hauptkasse	Mk.	511,58	
Bei den Zahlstellen	"	85,64	" 597,22
" Zinsen aus belegten Kapitalien			" 6162,—
" zurückerhaltene Zuschüsse von den Zahlstellen			" 3496,29
" Kassenbestände in den Zahlstellen			" 1669,48
		Summa: Mk.	1004956,71

Ausgaben.

Per Arbeitslosenunterstützung:			
Bei der Hauptkasse 1. Klasse	Mk.	—,—	
" " " 2. "	"	—,—	
" " " 3. "	"	87,50	
Bei den Zahlstellen 1. Klasse	"	1966,90	
" " " 2. "	"	757,45	
" " " 3. "	"	3827,80	Mk. 65…
" Krankenunterstützung:			
Bei der Hauptkasse 1. Klasse	Mk.	—,—	
" " " 2. "	"	12,10	
" " " 3. "	"	303,75	
Bei den Zahlstellen 1. Klasse	"	5118,60	
" " " 2. "	"	8374,75	
" " " 3. "	"	14913,—	2872…
" Reiseunterstützung bei der Hauptkasse	Mk.	12,70	
" " bei den Zahlstellen	"	114,15	" …
" Umzugsunterstützung bei der Hauptkasse	Mk.	93,—	
" " bei den Zahlstellen	"	226,50	" …
" Notfallunterstützung bei der Hauptkasse	Mk.	—,—	
" " bei den Zahlstellen	"	15,—	" …
" Unterstützung in Sterbefällen bei der Hauptkasse	Mk.	140,—	
" " " " bei den Zahlstellen	"	4380,—	" 452…
" Wöchnerinnenunterstützung bei der Hauptkasse	Mk.	—,—	
" " bei den Zahlstellen	"	288,—	" …
" Rechtsschutz bei der Hauptkasse	Mk.	—,—	
" " bei den Zahlstellen	"	—,—	" …
" Streikunterstützung bei der Hauptkasse	Mk.	—,—	
" " " den Zahlstellen	"	50,27	" …
" Die übrigen Ausgaben der Hauptkasse nach Abzug der Unterstützungen			" 4355…
" Prozente der Beiträge zu Ortsausgaben			" 1040…
" Kassenbestände in den Zahlstellen			" 209…
" Bestand der Hauptkasse für das 4. Quartal 1917			" 90827…
		Summa: Mk.	100495…

Die Gesamtmitgliederzahl betrug im 3. Quartal 1917: 17 358; davon 9924 männliche und 7434 weibliche Mitglieder.

Arbeitsnachweis der Stadt Berlin

Die Fachabteilung für Schuh- und Schäfte-Industrie Groß Berlin
zu Berlin C. 54, Gormannstr. 13
ist während des Krieges geöffnet werktäglich 10—12 Uhr. Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber **unentgeltlich.** — Fernsprech-Anschlüsse: Norden 3891—92, 3791—97, 9734, 11020—47.

Werkmeister für Holzschuhfabrikation
gesucht.
R. & W. Nathan, Schuhfabrik, Frankfurt a. M.,
Mainzerlandstraße 372.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacher-Werkzeuge** soeben erschienen.
— Versand gratis und franko. —
E. Vögtle, Berlin, Lothringerstraße 83.

Bessere Lederschoner
Klein, oval, in Düten à 20 Stück zu Mk. 0,65
Probesendung Postpaket.
S. Mosbach, Darmstadt, Schießhausstraße 14.

Erster Stanzer
zum Anlernen von Arbeitern gesucht.
R. & W. Nathan, Schuhfabrik,
Frankfurt a. M., Mainzerlandstr. 372.

Tüchtige Holzschuhmache…
zum Anlernen von Arbeitern befähigt, gesucht.
R. & W. Nathan, Schuhfabrik, Frankfurt a. …
Mainzerlandstraße 372.

Eine gebrauchte, aber gut erhaltene
Schuhmacher-Nähmaschi…
und
eine Lederwalze
zu kaufen gesucht!
Angebote mit Preisangabe erbeten unter **R. U. 129…**
Haasenstein & Vogler, A.-G., Cöln-Rh…

Handstanzmesse…
Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 …
Fernruf 590 Amt Ohligs.
Theo Breuer, Merscheid b. Soling…

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Co. in Gotha.

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 48.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

… Stellung der Gewerkschaften … weiblichen Erwerbsarbeit.

…enn nicht alle Anzeichen trügen, wird die weibliche …sarbeit, die während des Weltkrieges einen unge… Umfang angenommen hat, in der künftigen Frie… nicht wieder verschwinden, vielmehr zu einer dau… Einrichtung werden. Unser Wirtschaftsleben, das …ihrer männlicher Arbeitskräfte beraubt worden ist, kann …ibliche Arbeitskraft nicht mehr entbehren, wenn alle …häden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem …örper zugefügt hat. Unsere Frauen und Mädchen werden teils freiwillig, teils gezwungen auch ferner… den Betrieben arbeiten: sei es, daß sie sich an ihre …it gewöhnt haben und darin ihre Befriedigung fin… es, daß sie durch den Lohn und die dadurch gewähr… wirtschaftliche Unabhängigkeit angelockt werden, sei …ß ihnen die Möglichkeit fehlt, im eigenen Hauswesen zu sein, sei es, daß der Zwang zum Mitverdienen sie …m Hause treibt. Die Arbeitgeber (private wie staat… werden dieser Entwicklung freudig zustimmen, weil sie … Frauen und Mädchen billige und willige Arbeits… erblicken. Schon heute kann man in der Arbeitgeber… Aeußerungen führender Personen lesen, daß Deutsch… nur mit billigen Waren den Weltmarkt wieder erobern …, und daß die wichtigste Voraussetzung einer billigen …erzeugung die Verwendung billiger Arbeitskräfte sei. … billigen Arbeitskräfte seien vorhanden, es sei lediglich … die arbeitswilligen Frauen und Mädchen den Män… gegenüber als Konkurrenz auszuspielen. Und der … macht als Arbeitgeber darin keine Ausnahme.

Offenbar wird die weibliche Berufsarbeit manche Ver…ungen in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben …ich bringen. Es wird auf die Dauer nicht angehen, den …bstätigen Frauen und Mädchen eine doppelte Ar…ft aufzuerlegen. Und das würde dadurch geschehen, …nn ihnen neben der häuslichen Arbeit, die die meisten …ihnen zu verrichten haben, auch noch die volle Arbeit …Männer aufbürdet. Mit der weiblichen Berufsarbeit … es sich nämlich ganz anders als mit der der Män… hat ein Mann seine Berufsarbeit hinter sich, so ist er …freier Herr, er kann sich ausruhen oder einer Lieb…i widmen. Kommt eine Frau von der Arbeit nach …, so warten auf sie allerlei Beschäftigungen, sie muß …Hauswesen besorgen, die Familie mit Nahrung verse… die Kinder warten, die Wohnung reinigen, Kleidung …Wäsche instand setzen und was der Arbeiten noch mehr … Das können die Frauen auf die Dauer nicht aushal… wenn sie nicht körperlich und geistig und seelisch zu…e gehen sollen. Hinzu kommt auch noch, daß unsere …n und Mädchen als Geschlechtswesen auch noch wich… Aufgaben sozialer und kultureller Art zu erfüllen haben. …ind die Trägerinnen und Schöpferinnen der kommenden …echter, sie bergen die Zukunft unseres Volkes in ihrem …e, auf ihnen beruht die Hoffnung eines künftigen Auf… zur Höhe. Aber wie könnten sie diese Aufgabe lösen, …könnten sie gesunde, kräftige Kinder in die Welt setzen …aufziehen, wenn sie dauernd mit schwerer Berufsarbeit …ürdet sind? Da bleibt dann nichts anderes übrig, als …man ihnen die Arbeitsmühe erleichtert, indem man sie …der Hausarbeit möglichst entlastet und andererseits die …ihnen ruhende Erwerbsarbeit vermindert. Wenn man …Wirkung der weiblichen Berufsarbeit während des …e auf unsere Frauen und Mädchen beobachtet, so kann …ur keinen Zweifel mehr hegen, daß unser Wirtschafts… auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Es …fach ein Unding, in den Betrieben die weibliche Ar…kräfte mit den männlichen gleichstellen zu wollen; wer … mit gleicher Arbeit belastet, der begeht ein Verbrechen …r Gesundheit und dem Wohle des Volkes. Welche …hrungen in dieser Beziehung getroffen werden müs…mag dahingestellt bleiben, für uns kommt es einstweilen darauf an, auf die verhängnisvollen Folgen der über…nehmenden Frauen- und Mädchenarbeit hinzuweisen.

…ür die männlichen Arbeiter bietet diese Frage natür…in lebhaftes Interesse. Nicht nur als Volksgenossen …sie daran interessiert, daß an der Kraft und der Zu… unseres Volkes kein kapitalistischer Raubbau getrieben … auch als Arbeiter kann es ihnen nicht einerlei sein, wie …Unternehmertum mit der weiblichen Arbeitskraft um…. Die denkenden Arbeiter haben nichts dagegen, daß …Volksgenossinnen sich berufsmäßig betätigen, aber sie …n sich mit Händen und Füßen dagegen, daß man sie …Schmutzkonkurrentinnen mißbrauchen will. Darum for…sie für beide Gruppen dieselben Lohnbedingungen bei …er Arbeitsleistung, um dem Ausbeutertum den Anreiz …nehmen, die weiblichen Arbeitskräfte als Lohndrückerin… gegen die männlichen auszuspielen. Von den Frauen …Mädchen fordern sie, daß sie sich als Kolleginnen und …radinnen betätigen und Schulter an Schulter mit den …nern um eine bessere Lebenshaltung kämpfen. Offen…besteht die Gefahr, daß ein erbitterter Kampf der Ge…hter entbrennt, aus dem lediglich das Unternehmertum …s Sieger, die Arbeiterklasse aber geschwächt hervorgehen würde, und dem muß von Anfang an vorgebeugt werden. Zu dem Zwecke ist es unbedingt nötig, daß Männer und Frauen und Mädchen eines Berufs, in ein und derselben gewerkschaftlichen Organisation vereinigt, gemeinsam ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertreten. Das Werben für die Gewerkschaft ist also eine wichtige Aufgabe für die Männer und der Beitritt zur Gewerkschaft ist die wichtigste Pflicht der Frauen und Mädchen. Schon heute sind die deutschen Gewerkschaften eifrig bemüht, für die weiblichen Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und sie werden dies um so eher erreichen, je mehr sich die Frauen und Mädchen der Organisation anschließen.

Wir wissen alle, wie schwer es ist, die weiblichen Personen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hier spielt die Rückständigkeit und der Mangel an Gewöhnung eine Rolle, auch betrachten die meisten Frauen und Mädchen ihr Arbeitsverhältnis nur als eine vorübergehende Erscheinung, der sie je eher je lieber den Rücken kehren. Deshalb halten sie es für zwecklos, sich zu organisieren. Hier muß die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit einsetzen. Sie muß den Kolleginnen die Ueberzeugung beibringen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendig, daß aber diese Besserung nur durch eine starke, geschlossene Organisation aller männlichen und weiblichen Arbeitskräfte zu erreichen ist. Ferner muß der Wille der Frauen und Mädchen gestärkt werden, damit sie das, was sie als richtig erkannt haben, auch in die Tat umsetzen, damit sie den Mut der Ueberzeugung besitzen und selbst gegen den Willen ihres Unternehmers oder dessen Stellvertreters, des vorgesetzten Beamten, der Gewerkschaft angehören. Endlich drittens muß den erwerbstätigen Frauen und Mädchen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft eine Ehrensache ist und daß es bei anständigen Menschen als unehrenhaft gilt, die Errungenschaften ihrer Gewerkschaft mit in Anspruch zu nehmen, selbst aber nichts dazu beizutragen. Das eigene Interesse und das Interesse aller Kolleginnen und Kollegen erfordert dringend die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.

(Sattler- u. Portef.-Ztg.)

Die Entlohnung der Handschuhnäherinnen einst und jetzt.

Vor etwa 30 bis 40 Jahren stand die Handschuhnäherei noch auf der Höhe der relativ lohnendsten Frauenerwerbsarbeit. Waren die zu damaliger Zeit hierdurch erzielten Verdienste bei der ausgedehnten Arbeitszeit gewiß nicht vorbildlich zu nennen, so ermöglichten dieselben bei der damaligen Lebensweise und dem damaligen Geldwert immerhin der einzeln stehenden Näherin eine auskömmliche Existenz und waren für die Ehefrauen eine willkommene, im damaligen Arbeiterhaushalt nicht unbedeutende Beihilfe zum Aufwand der Familie. In nicht seltenen Fällen konnten damals bei geordneten Familienverhältnissen, wenn der Mann ein regelmäßiges Durchschnittseinkommen hatte und die Frau bei nicht zu großer Kinderzahl mit Handschuhnähen hinzuverdienen konnte, auch einige Ersparnisse erzielt werden. Allerdings war zu jener Zeit auch die Arbeitsweise noch nicht so kompliziert wie heute, mit der Verfeinerung des Geschmackes und der Steigerung der Ansprüche an die Arbeitsleistung der Handschuhnäherinnen qualitativ nicht unerheblich gestiegen.

Schreiber dieses entsinnt sich noch sehr gut, daß Ende der achtziger Jahre in einer der bedeutendsten und renommiertesten Handschuhfabriken Deutschlands ein Handschuhnäher (von Beruf Bierbrauer und nebenbei gesagt eine ganz respektable Figur) im Nähsaal erwähnter Fabrik inmitten zahlreicher Handschuhnäherinnen an der Handschuhnähmaschine saß und bei gleichem Stücklohn, der den Näherinnen gezahlt wurde, seinen Erwerb suchte und auch fand. Damals dachte niemand daran, diese Arbeitsleistung höher zu entlohnen, weil sie ein Mann leistete, während umgekehrt man heute Arbeiten, die früher in den Bereich der Männerarbeit gehörten, jetzt aber von Frauen ausgeführt werden, niedriger entlohnen zu können als für selbstverständlich annimmt. Doch das nur nebenbei erwähnt. Die Handschuhnäherei zählt seit ihrer Entstehung und der ganzen Art ihrer Ausführung nach zu den Frauenarbeiten und wird es wohl auch bleiben.

Unter den geschilderten Verhältnissen bestand auch kein Bedürfnis für einen Zusammenschluß der Handschuhnäherinnen innerhalb einer Organisation zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Nahtlöhne blieben dadurch bis in die jüngste Zeit nicht nur auf dem Stand von vor drei Jahrzehnten, ja vielfach, wenigstens zeitweise, mußten an vielen Orten die Näherinnen auch noch Abzüge am Nahtlohn hinnehmen und gewöhnlich dann, wenn die Handschuhmacher mit einer geringen Mehrforderung durchgedrungen waren oder in Zeiten nicht ausreichender Beschäftigung.

Durch die zunehmende Industrialisierung während der letzten zwei Jahrzehnte und die damit gezeitigte Ausbreitung der Frauenarbeit auch in jenen Industrien, die früher fast ausschließlich nur durch Männerarbeit bedient wurden, ist auch die Frauenarbeit allmählich höher entlohnt worden, und zwar nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Gewerkschaftsorganisationen. Anders in der Handschuhindustrie.

War inzwischen durch das Sinken des Geldwertes der unaufgebesserte Nahtlohn an und für sich schon erheblich gesunken, so hat sich das Verhältnis zur Entlohnung der übrigen Frauenerwerbsarbeit außerdem noch besonders verschlechtert. Durch den Anschluß der Handschuhnäherinnen an die für die Arbeiter der Handschuhindustrie seit langem bestehende Gewerkschaftsorganisation sollte diesen Uebelständen abgeholfen werden, wenngleich man sich der Schwierigkeiten, die durch die vorwiegende Heimarbeit in der Handschuhnäherei der Organisierung der Näherinnen entgegenstehen, vollauf bewußt war. An mehreren Orten, wo das Organisationsverhältnis der Näherinnen bereits Fortschritte gemacht hatte, war es im letzten Jahrzehnt gelungen, Lohnverbesserungen, wenn auch in sehr bescheidener Höhe, für dieselben zu erlangen und dieselben gleich den Lohnbedingungen der Handschuhmacher im Tarifvertrag festzulegen. In Johanngeorgenstadt, dem Hauptplatz der deutschen Handschuhnäherei, ist bekanntlich im Sommer des Jahres 1913 eine Lohnbewegung der Handschuhnäherinnen entstanden, die leider durch die Einsichtslosigkeit der Unternehmer zu einem einmonatlichen Näherinnenstreik umschlug. Die Unternehmer glaubten nicht daran, daß es uns gelingen werde, die größtenteils noch jungen Mitglieder der Organisation zu erhalten und die zum Aushalten im Streik erforderliche Einigkeit aufrechterhalten zu können. Sie bauten also auf das mangelhafte Organisationsverhältnis, das hinsichtlich der Zahl als auch der Ueberzeugungstreue falsche Schlüsse zuließ. Die Unternehmer hatten sich indes verrechnet, wenngleich nicht unerwähnt bleiben soll, daß die persönlichen Opfer unseres Verbandes hätten ganz oder wenigstens zum größten Teil vermieden werden können, wenn schon zeitiger und allgemeiner die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation von den Handschuhnäherinnen wäre erkannt worden. Unter diesen Umständen darf der Erfolg dieser bedeutungsvollen Bewegung, der unserem Verband einen Zufluß von mehr als 400 weiblichen Mitgliedern an diesem einen Ort allein brachte, so daß die Zahl derselben bei Abschluß der Bewegung dort 700 überstieg und seither auch ziemlich stabil geblieben ist, durchaus nicht unterschätzt werden, wenn auch die erreichte Lohnerhöhung von zirka 10 Prozent hinter den aufgestellten Forderungen zurückblieb. Der Haupterfolg bestand aber zweifellos in der Festlegung der Lohnregulierung durch Tarifvertrag, der auch heute noch seine günstige Rückwirkung ausübt. Wohl gelang es einzelnen der dortigen Nahtunternehmer während der Kriegszeit, die Arbeitslosigkeit in der Nähbranche ausnützend, die Nahtlöhne zum Teil auf kurze Zeit wieder herabzudrücken, doch hat die Organisation zu gegebener Zeit wieder dafür Sorge getragen, daß nicht nur der tarifmäßige Lohn wieder hergestellt, sondern daß auch unter Einflußnahme auf den Verband deutscher Lederhandschuhfabrikanten den Handschuhnäherinnen allgemein eine Lohnerhöhung bis zu 20 Pfg. am Dutzend im Frühjahr dieses Jahres zukam. Auch der Regsamkeit der Johanngeorgenstädter Ortsverwaltung unseres Verbandes ist es zuzuschreiben, daß die staatliche Arbeitslosenfürsorge, die den Textilarbeitern gewährt wurde, auch auf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Handschuhbranche im dortigen Bezirk Ausdehnung fand.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch — im Oktober 1914 — hatte unsere Verbandsleitung auch beim Verbande deutscher Lederhandschuhfabrikanten Schritte dahingehend unternommen, daß angesichts der mangelnden Beschäftigung der einheimischen Handschuhnäherinnen, diese bei Vergebung der Handschuhnaht in erster Linie berücksichtigt werden sollten, ehe die Näharbeit im sogenannten Veredelungsverkehr über die deutschen Grenzen wandert. Neuerdings ist auf demselben Wege an die genannte Unternehmerorganisation mit dem Wunsche herangetreten worden, angesichts der enormen Verteuerung des Nähmaterials — das Gebinde Nähseide ist um mehr als das Dreifache im Preise gestiegen — und das leider in den meisten Fällen die Handschuhnäherinnen noch von ihrem kärglichen Lohn bestreiten mußten, als auch im Hinblick auf die den heutigen Zeitumständen geradezu trostlose Lage der Handschuhnäherinnen, für eine entsprechende Erhöhung des Nahtlohnes bei gleichzeitiger Uebernahme der Beschaffung des Nähmaterials durch die Arbeitgeber, eintreten zu wollen. Den Anlaß hierzu bot eine Lohnbewegung der Handschuhnäherinnen in Johanngeorgenstadt infolge des Tarifablaufes. Diese Aktion hatte den Erfolg, daß künftig den Näherinnen allerorts Faden und Flor von den Arbeitgebern geliefert werden soll, auch seitens der Nahtfaktoreien, welche die Nähmaterialien mit den Fabrikanten verrechnen können; und außerdem eine zwanzigprozentige Erhöhung der Nahtlöhne vorgenommen werden soll. Ist damit auch noch nicht annähernd ein Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen, so bedeutet allein schon die Entlastung der Handschuhnäherinnen von der Bestreitung der Nähmaterialien einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt auf dem Wege zur Besserung der Arbeitsbedingungen für dieselben.

Der Erfolg dieser von Organisation zu Organisation eingeleiteten Schritte gewinnt weiter an Bedeutung dadurch

daß diese Lohnregulierung sich nicht auf einen Ort und nicht nur auf die direkt für die Fabrikanten arbeitenden Näherinnen beschränkt, sondern allgemein über ganz Deutschland, und sogar über dessen Grenzen hinaus, soweit diese direkt oder indirekt (durch Nahtfaktoreien) für Mitglieder der Fabrikantenorganisation arbeiten, zur Einführung gelangen soll.

Bei den Verhandlungen zum Reichstarif, in welchem laut Vorlage auch die Handschuhnäherinnen, wie alle sonstigen Hilfsarbeiterinnen aufgenommen werden sollen, ist weiter ein Einheitslohn mit entsprechenden Ortszuschlägen angestrebt, dessen Verwirklichung auch die Arbeiterinnen der Handschuhbranche mit den Lohnverhältnissen der Arbeiterinnen anderer Berufe annähernd auf gleiche Höhe bringen dürfte. Damit wäre nicht nur den Arbeiterinnen selbst geholfen, sondern auch der ganzen Branche gedient, da die Handschuhnaht einen sehr wichtigen Bestandteil im Arbeitsprozeß der Handschuhherstellung bildet. Eine schlechte Naht kann bekanntlich einen tadellos geschnittenen und aus bestem Leder hergestellten Handschuh entwerten. Darum muß auch die Arbeit der Handschuhnäherin, die eine sehr diffizile, augen- und nervenanstrengende, auch nicht so schnell erlernbare ist, angemessen entlohnt werden, wenn nicht die Zahl der Handschuhnäherinnen durch Zuwendung zu besser entlohnten Berufen vermindert und die Lust zur Erlernung dieser Erwerbstätigkeit nicht herabgemindert werden soll.

Aus allem können unsere Berufskolleginnen wohl ersehen, daß unsere Berufsorganisation auch ihre Interessen nach jeder Richtung hin und zu jeder Zeit wahrgenommen hat und ist dem nur hinzuzufügen, daß dies und vielleicht noch mehr schon früher hätte erreicht werden können, wenn sie schon früher und in größerer Zahl den Wert der Organisation begriffen und sich ihr angeschlossen hätten.

Durch ein Handinhandarbeiten mit der Fabrikantenorganisation im Brancheninteresse ist es selbst während des Krieges gelungen, die Klippen, die so oft unsere Industrie in ihrem Fortbestande bedrohten, umschiffen zu können, was nicht nur den Fabrikanten zum Vorteil, sondern auch unserer Industriearbeiterschaft dienlich gewesen sein dürfte, indem sehr viele Arbeiterexistenzen dabei in Frage gestellt waren.

Wir hoffen, den beschrittenen Weg erfolgreich weitergehen zu können, um Zustände zu schaffen, die wir zwar den Interessen der Arbeiterschaft in der Handschuhindustrie in erster Linie dienstbar machen wollen, die aber auch der Branche selbst zugute kommen werden. An unseren Kollegen und Kolleginnen liegt es, durch rege Agitation und Stärkung der Organisation, durch Zuführung neuer und Erhaltung alter Mitglieder ihrer Berufsorganisation die Kraft zu verleihen, deren sie zur Verfolgung ihrer Ziele im Arbeiterinteresse bedarf. Hieraus die nötige Nutzanwendung zu ziehen, können wir jeder Kollegin und jedem Kollegen nicht angelegentlich genug empfehlen.

J. E.

Unser täglich Brot.

Darüber schreibt Dr. med. Drucker im Berliner Mitteilungsblatt:

Unser Kriegsbrot ist ein echtes Kriegsbrot. Bereits im Januar 1915 hat man befohlen, daß der Roggen mindestens bis 82 Prozent auszumahlen sei, und im März dieses Jahres ist der Ausmahlungsgrad sowohl für Roggen wie für Weizen auf 94 Prozent erhöht worden. Da die jedesmal wegfallenden Verunreinigungen an sich schon einige Prozent betragen, so gelangt heute, abgesehen von den äußersten Schalenhülsen des Getreidekorns, die gesamte Kleie ins Backmehl, — nicht bloß erhebliche Teile, wie es in einer amtlichen „Aufklärung" heißt. Dadurch hat man zwar den beabsichtigten Zweck erreicht, der verfügbare Mehlvorrat ist um ungefähr ein Viertel gestreckt, aber wir haben gegen das bekömmliche und gut verdauliche Graubrot des Friedens ein Vollkornbrot mit allen erdenklichen Schattenseiten eingetauscht. Man hat unter dem Zwange der Kriegsnot das in den letzten Friedensjahren schon bearbeitete Problem wieder aufgegriffen, durch eine andersartige Vermahlung die Kleie so zu verändern, daß sie von den Verdauungssäften zerlegt werden könnte; wertvolle Nährstoffe hätte man dann der menschlichen Ernährung zugänglich gemacht, ein unverdauliches Streckmittel wäre in ein kostbares Nahrungsmittel umgewandelt. Un wirklich ist es gelungen, das Problem zu lösen. Es existieren heute bereits mehrere wirksame Methoden zur Ausschließung der Kleie. Leider aber fehlt es in der Gegenwart an Maschinen, um die Erfindung in größerem Maßstabe verwerten zu können, und so muß es einer späteren Zeit, wenn Material und Arbeitskräfte nicht mehr für Geschütze und Geschosse verbraucht werden, vorbehalten bleiben, aus dieser Errungenschaft Nutzen zu ziehen, — mögen wir auch gerade jetzt eine Vermehrung unserer Nahrung am dringendsten nötig haben. — Im übrigen besitzt die heute zur Verfügung stehende Kleie gar nicht einmal mehr den alten Nährwert, weil sie des eiweiß- und fettreichen Getreidekeims beraubt ist. Dieser wird nämlich schon seit Monaten vor dem eigentlichen Mahlprozeß maschinell entfernt, gesammelt und dem Kriegsausschuß für Oele und Fette zur Ausnützung überlassen.

Wäre die Kleie nur unverdauliches Sättigungs- und Füllungsmittel für Magen und Darm, man könnte sich schließlich damit abfinden. Aber die hundertfältigen Erfahrungen der Kriegszeit haben gelehrt, daß sie auch die Bekömmlichkeit des Brotes beträchtlich verschlechtert. Die aufgenommene Nahrung geht bei Anwesenheit der Kleie in saure Gärung über, oft schon im Dünndarm, es bildet sich Butter- und Essigsäure, der Darm wird abnorm gebläht und gereizt. Da die stark ausgemahlenen Mehle leichter als die helleren verderben, ist nicht selten das Kleiemehl muffig und bitter; wieder kann sich dadurch eine Beeinträchtigung des Appetits und der Verdauung ergeben. Unsere Verdauungsorgane sind empfindlich, sie sind, zum Teil durch den früheren Weißbrotgenuß, verweichlicht und vertragen nicht so grobe Kost. Dazu kommt noch, daß die Behandlung des Brotes durch den Bäcker sehr zu wünschen übrig läßt. Die Kleie setzt sowieso schon die Backfähigkeit des Teiges herab, als der Kleber der Hülsen — man nennt ihn den falschen im Gegensatz zum echten des inneren Teils des Korns — das Mehl nicht gleichmäßig bindet; ferner nimmt das kleiehaltige Mehl wegen seines Schalenreichtums beim Ansteigen mehr Wasser auf als das reine, weiße. Wird nun das Brot der Backhitze nicht lange genug ausgesetzt, dann entsteht ein klitschiges, feuchtes Gebäck, das vom Schimmelpilz befallen wird, falls man es zum Austrocknen beiseite legt, das Leibbeschwerden verursacht, wenn man es frisch verzehrt. Verwendet dagegen der Bäcker viel Sauerteig, um das Brot aufzulo so ruft sein Fabrikat eine richtige Blähsucht hervo nicht gar Durchfall.

Man hat sich nicht damit begnügt, unsere Mehlvo mit Hilfe von Kleie zu vermehren. Als die Brotportion fang 1915 plötzlich wesentlich verkürzt werden mußte, nen viele Leute, die sich einbildeten, von der Volkserni etwas zu verstehen, eine lebhafte Propaganda für ver dene Ersatzmittel, um ein Wiederheraufsetzen der Brot zu ermöglichen. Auch die Regierung hat sich von „Streckmanie", wie Rubiner, einer der bedeutendsten siologen, sich spöttisch ausdrückt, nicht freihalten könne hat im Laufe der Kriegsjahre eine lange Reihe von E gaten zurückgelassen. Bedauerlicherweise sind die Streckmittel, nämlich die übrigen Getreidesorten, am sten herangezogen worden; selbst die in großen Massen handene Gerste, die ein vorzüglich geeignetes Mehl hat man nur in geringem Umfange vermahlen, weil die Erzeugung von Bier für wichtiger hielt. Eine Rolle als Brotzusatz spielte die Kartoffel. Schon Ende wurde ihre Verwendung angeordnet, nachdem das un gefragte Kaiserliche Gesundheitsamt „wesentliche Beden nicht erhoben, nur eine geeignete Anordnung des Ba fahrens verlangt hatte. Den Vorschlag des anderen achters, der wissenschaftlichen Deputation für das Medi wesen, hat die Regierung allerdings nicht befolgt. Die leute dieser Kommission hatten auf den geringeren Ei gehalt der Kartoffel hingewiesen und eine Erhöhung Brotmenge empfohlen, damit der durch den Genuß Kartoffelbrotes bedingte Eiweißausfall wieder ausgeg würde. Auch später ist die Mahnung dieser Autori nicht beachtet worden, obwohl durch den Zusatz von rüben, Weizenkleie und anderen minderwertigen Prod das Defizit an Nährstoffen im Brot sich noch vergr hatte. Nun, wo das Kartoffelbrot seine Wiederauferste feiern soll, ist die Frage von neuem aktuell geworden. scheinend wird sie aber jetzt ebensowenig wie das er befriedigend gelöst werden. Und doch ist gerade heu der Zeit drückendster Lebensmittelnot, ein in ausreich Menge vorhandenes, gut verdauliches und bekömm Brot unabweisbare Notwendigkeit. Die hygienische derung, die im Interesse der Volksgesundheit erhoben den muß, kann nur lauten: Erhöhung der Brotportion Verringerung des Kleiegehaltes durch Herabsetzung Ausmahlungsgrades.

Zur Beachtung!

Wer an das „Schuhm.-Fachblatt" etwas zu be hat, muß unter allen Umständen folgendes bea

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschr
2. keine Blei- und auch keine Tintenstifte verwende
3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle A rungen zc. vorgenommen werden können;
4. durch Korrekturen, Abänderungen oder Zusam streichungen nicht das Manuskript unlesbar mac
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.

Der Waldsteig.

(Fortsetzung.)

Neben seinem Wagen war ein sonniger Platz, der festen Heideboden hatte; er war von schützenden Steinwänden umstanden, daß kein rauher Wind hereinstreichen konnte, und ging so gegen das stille Laub zurück. Dies lockte den Herrn Tiburius aus dem Wagen, daß er ein wenig herumgehe und die sanften, senkrecht niedergehenden Mittagsstrahlen genieße.

„Ich werde meine Bewegung hier nicht an dem Steine machen," sagte er zu seinem Diener und Kutscher, „es ist einerlei; ihr wartet da an dem Platze, bis ich wiederkomme und einsteige."

Hierauf zog er seinen Oberrock aus, wie er es allemal tat, warf ihn in den Wagen zurück, stieg über den von dem Diener herabgelassenen Fußtritt herab und ging gegen den trockenen Wald vorwärts. Tiburius hatte einen Wald nie von innen gesehen. In seiner Heimat war überhaupt nur ein kleines Gehölz, in das er übrigens auch nicht gekommen ist, und die großen Forste, die auf den Bergen des Badeortes herumlagen, hatte er nur durch sein Fernrohr vom Fenster aus beobachtet. Hier war er beinahe in einem Walde. Wenn auch der Platz, den er sich zu seinem Gange ausersehen hatte, von keinen Bäumen besetzt war, so standen dieselben doch so nahe und auf manchem benachbarten Hügel herum, daß man sagen konnte, Herr Tiburius befinde sich auf einer Waldblöße. Alles gefiel ihm sehr wohl, Kein menschliches Wesen ließ sich ringsum sehen noch hören — das war ihm gerade recht. Der Platz ging von der Straße gegen die Tiefe der Gegend einwärts. Als Herr Tiburius über seine ganze Länge hin geschritten war und umkehren wollte, um, wie seine Spazierart war, hin und her zu gehen, sah er, daß weiter einwärts noch ein schönerer Platz war. Zur Linken befand sich eine Steinwand, die bedeutend hoch war, rechts standen in einiger Entfernung hohe Bäume, und nach vorwärts war der Platz durch Waldwerk geschlossen. Es war hier noch stiller, und die Mittagswärme sank an der Steinwand so freundlich nieder, daß es war, als müßte man sie beinahe rieseln hören. Sie war bereits für den Körper sehr wohltätig, da die Jahreszeit schon in die Hälfte des Herbstes hineinging, und manches Laub schon ins Gelbe schimmerte. Der Boden war wegen der langen, vorausgegangen schönen Zeit sehr trocken.

Herr Tiburius beschloß sofort, auf diesem Platze vorzuschreiten und ihn zu seinem Bewegungsorte zu machen. Er dachte, wenn er auch etwas länger geradeaus vorwärts ginge, so könne er doch nach seiner Uhr wieder umkehren und im ganzen gerade die vorgeschriebene Bewegung so machen, als wenn er hin und her gegangen wäre. Es wird gewiß nicht schädlich sein. Die milde Sonne tat ihm durch die Widerprallungskraft des Felsens, als er einmal bis in die Hälfte des neuen Platzes vorwärts gekommen war, so wohl, daß er sich äußerst anmutig fühlte. Auch waren ihm alle Dinge, die er herum sah, neu, sie gefielen ihm, und er hätte nie gedacht, daß er in einem Walde so zufrieden sein könne. Da lag ein breiter, weißer Stein am Boden entlang, und verschiedene Kräuter begleiteten ihn. Links an der Wand waren noch mehrere Steine, die von ihr herabgebrochen waren: weiße, gelbe, braune und noch allerlei andere. Es stand in ihnen rostfarbenes Gestrüpp, einzelne Ruten und mehreres. Manchmal saß ein Falter auf einem Steine, und legte die schimmernden Flügel, derlei Herr Tiburius in seiner Heimat nie gesehen hatte, auseinander und sonnte sie. Manchmal flog einer stumm neben ihm wie die stumme Luft und ward gleich darauf nicht mehr gesehen. Auch bemerkte Herr Tiburius, daß ja da ein sehr angenehmer Wohlgeruch herrsche.

Er ging weiter. Zuweilen hielt er sein spanisches Rohr empor, drehte es langsam zwischen den Fingern und ergötzte sich an dem Funkeln des Goldknopfes in der dunkeln, ruhigen, einsamen Luft. Nach einer Weile kam er zu verstümmelten Stämmen, von denen Pech herabrann. Er hatte das nie gesehen und blieb stehen. Die durchsichtige Flüssigkeit quoll in der Sonne aus der Rinde hervor, und die Tropfen standen wie reines, geschmolzenes Gold, das in einem Häutchen hing. Dann ging er wieder weiter. Es begegnete ihm eine Schar wundervoll blauen Enzians, er sah sie an und pflückte sogar einige Stämmchen. Endlich war er schier an das Ende seines auserkorenen Spazierplatzes gekommen. Das Waldwerk, welches er von weitem als Schluß gesehen hatte, bestand in mehreren ziemlich weit voneinander entfernten Bäumen. Tiburius blieb ein wenig stehen, um es anzusehen und zu überlegen, ob er hineingehen solle oder nicht. — Eidechsen schlüpften im Mittagsglanze, ein Wässerlein ging ungehört gegen die Tannen, und zwischen den Stämmen spannen luftige glän Herbstfäden, wie sie Herr Tiburius auch öfter zu in dem Garten gesehen hatte. Ehe er da weiterging, er doch noch erforschen, was denn das für ein selts Reif sei, der dort auf den entfernten Tannennadeln und wie die Wolke aussehe, die weit draußen zwischen Grün der Bäume hereinschaute, ob sie nicht etwa R drohe. Er nahm sein Taschenrohr heraus, machte e sammen und sah durch. Aber der Reif war nur der sägliche Sonnenglanz, der auf der glatten Seite der N lag, und die Wolke war ein entfernter Berg, wie sie im Lande in einer großen Ausdehnung einer hinter anderen stehen. Er beschloß also weiterzugehen, sondere, da die Steinwand noch immer fortlief und fangs nur eine und dann nur einige Buchen zwischen und ihr waren. Auch ging ein sehr wohl ausgetre schwarzer Pfad in die Bäume hinein. Tiburius m als er diesen Pfad betrat, an den kleinen närrischen D denken, der sich aus verschiedenen Stoffen diese Erde seine Rhododendren und Eriken brennen muß, wie sie von selber liegt und Eriken sah er hier unter den Stäm viel schöner blühen, als sie der Doktor in seinen T erziehe. Er nahm sich vor, wenn er nach Hause käme, von dieser Tatsache zu erzählen.

Tiburius ging auf dem Pfade fort, der von al Dingen eingefaßt war. Manchmal lag die Moosbeere eine rote Koralle neben ihm, manchmal streckten die Pr beeren ihr Kraut empor und hielten ähnliche Büschel rotwangigen Kügelchen in den glänzenden Blättchen. Bäume wurden immer dunkler, und zuweilen stellte Birkenstamm eine Leuchtlinie unter sie. Der Pfad sich immer, die kommenden Stellen waren wie der, d verlassen hatte. Nach und nach wurde es anders, Bäume standen sehr dicht, wurden immer dunkler, u war, als ob von ihren Aesten eine kältere Luft herabs Dies mahnte Herrn Tiburius umzukehren, da es ihm leicht auch sogar schädlich sein könne. Er zog die Uhr vor und sah, was ihm ohnedem, als er aufmerksam worden war, eine dunkle Vorstellung gehabt hatte, da weiter gegangen sei als er dachte, und den Rückgang gerechnet, heute mehr Bewegung gemacht habe als

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Ko. in Gotha.